

Antrag

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Bericht des Auswärtigen Amtes über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes — Drucksache 7/1551 (neu) —

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Bericht — Drucksache 7/1551 (neu) — zur Kenntnis zu nehmen;
2. folgenden Entschließungsantrag anzunehmen:
 - a) der Bundestag begrüßt, daß sich die Bundesregierung um die Verwirklichung der Empfehlungen der Kommission für die Reform des Auswärtigen Dienstes bemüht, und, wie dem Bericht des Auswärtigen Amtes über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes zu entnehmen ist, die Vorschläge der Kommission zum Teil verwirklicht hat. Hierzu zählen insbesondere
 - eine stärkere Regionalisierung des Auswärtigen Amtes und damit die Erleichterung der Zusammenschau aller wesentlichen Aspekte der Außenpolitik bereits auf der Ebene der Basiseinheiten;
 - die Straffung des Konsularnetzes durch Schließung einiger kleinerer und notwendigerweise wenig rationell arbeitender Konsulate und gleichzeitig Schaffung politisch angemessener und verwaltungsmäßig funktionsfähiger Konsularbezirke;
 - die Übernahme neuer Aufgaben, die sich aus der politischen Entwicklung zwingend ergeben, ohne wesentliche Personalverstärkung durch Rationalisierung und Umbesetzungen von Mitarbeitern;
 - die Verbesserung der Ausbildung für den Auswärtigen Dienst durch moderne technische und pädagogische Methoden und nicht zuletzt auch durch die Zusammenfassung aller drei Laufbahnen in einer gemeinsamen Ausbildungsstätte sowie die Intensivierung der sprachlichen und fachlichen Fortbildung der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes entsprechend ihrer beruflichen Entwicklung und zukünftigen Verwendung;
 - b) der Bundestag empfiehlt der Bundesregierung, folgende Vorschläge der Reformkommission, die noch nicht voll verwirklicht werden konnten, weiter zu verfolgen:
 - den Aufbau der Personalreserve, die von entscheidender Bedeutung für die längerfristige Planung des Personaleinsatzes, die gezielte Vorbereitung auf neue Aufgaben und die Überlappung bei Versetzungen ist.

- Dabei sollte weiter auch auf die bisher nicht voll ausgenutzten Rationalisierungsmöglichkeiten zurückgegriffen werden;
- den Ausbau des mittleren Dienstes, damit die Angehörigen des gehobenen und höheren Dienstes verstärkt Aufgaben wahrnehmen können, die ihrer Vorbildung und ihren Erfahrungen entsprechen (Umstrukturierung);
 - dem Ziel einer Verwaltungsvereinfachung dadurch gerecht zu werden, daß gesetzliche Neuregelungen, insbesondere auch im Rahmen der Auslandsbesoldung — ungeachtet der Notwendigkeit gerechter Lösungen — nicht wegen ihrer Kompliziertheit eine rationelle Durchführung übermäßig erschweren. Das Besoldungs- und Abrechnungswesen für den Auswärtigen Dienst ist nach wie vor zu kompliziert, um den Erfordernissen einer modernen Verwaltung zu genügen;
 - das Auswärtige Amt bei seiner Aufgabe der Koordinierung aller amtlichen und nichtamtlichen Aktivitäten im Ausland zu unterstützen;
- c) der Bundestag ersucht die Bundesregierung, nach Ablauf eines Jahres über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes, insbesondere über die Weiterführung der in Nummern 2 a) und b) angesprochenen Vorschläge und Aufträge, zu berichten.

Bonn, den 11. Februar 1976

Der Auswärtige Ausschuß

Mattick

Stellv. Vorsitzender

Dr. Schmitt-Vockenhausen

Berichterstatler